

NEUE RUNDSCHAU

Auflage: 57.000

Sapere aude

September 2004

Herausgeber: Antoine Mechler • Hauptstraße 33 • 69117 Heidelberg • Telefon 06221 - 588 500 • Fax 06221 - 653 511 • neutard.werbung@t-online.de • Druck: Druckhaus Diesbach, Weinheim
Redaktionsleitung: Jürgen Gottschling • Grabengasse 9 • 69117 Heidelberg • Telefon 06221 - 24632 • redaktion@rundschaue-hd.de • www.rundschaue-hd.de

Rundschaue aktuell

Schily nach Afrika

Es war einmal ein Kaiser. Max Frisch läßt ihn im gleichnamigen Stück die chinesische Mauer bauen. Der Kaiser tut das, „um die Zukunft zu verhindern“, er tut es, um das eigene Weltbild nicht in Frage stellen zu müssen.

Ende: Es war einmal ein Kaiser – Minister hat dieser chinesische Kaiser heute immer noch: Hierzulande ...

Daß Politik (um hierzulande zu bleiben) konsequent wäre, kann man ihr kaum unterstellen. Jedoch ist sie es oft genug mehr als nicht und in der Tat: In der Asylpolitik nämlich. Nirgendwo sonst handelt Politik so gleichermaßen beharrlich wie entschlossene wie in der Asylpolitik. Auf keinem anderen Gebiet hat unsere Bundesregierung (unsere), hat Innenminister Otto Schily die Politik seiner Vorgänger aus CDU und CSU zielstrebig fortgesetzt: Im Bestreben nämlich, die Bundesrepublik zur asylfreien Zone zu verbarrikadieren. Daß dabei Schritt für Schritt das Recht aus dem Asylrecht verdrängt wird, ficht unseren ehemals linken (was, wenn der mal links war, ist eigentlich links?) Minister gerade mal so wenig an, wie die unstrittige Tatsache, daß die Zahl der Asylsuchenden sehr stark gesunken ist.

Den ersten Schritt tat unser fleischgewordener Sauberkeits- und Ordnungstrieb mit einer massiven Einschränkung des Asylgrundrechts im Jahr 1993. Der zweite Schritt war vorprogrammiert als die Ausdehnung des darin konzipierten Flüchtlingsabwehr-Modells auf Europa.

Und den dritten Schritt hat Otto Schily gerade verlautbart: Geht es nach seinem Willen, soll das Institut des Asyls ausgelagert werden. Seine (nein keine in der CDU/CSU ausbalancierte) Variante sieht vor, daß die EU dafür zahlen soll, daß das Asyl hinkommt, wo der Flüchtling herkommt.

Sogenannten Schutz soll es mithin nicht mehr in Deutschland und auch nicht mehr in der EU geben, sondern allenfalls weit weg. Weit weg auch von der Justiz und aber vor allem der Öffentlichkeit: In Auffanglagern in Afrika ... **got**

Blühende Landschaften in Heidelberg. Denkmal- und Baurechtsamt der Stadt blühen mit ...

Cosi fan tutte?

„So machens alle“?

Können vor Lachen und heulen vor Zorn. Alle können in Heidelberg noch lange nicht so bauen, wie manche. Wie das kommt? Gute Frage. Die einen, die wissen, wie bei wem es wie gemacht wird, die können. Die meisten wissen es aber halt nicht.

Und, die es wissen, können dann aber noch lange nicht losbauen. Da gibt es noch einiges zuvor aus dem Weg zu räumen. Ein wenig in der Tat spielt sich da denn einiges - wird gemunkelt - dann so oder ähnlich ab, wie in Mozarts Oper, wo es bekanntlich auch nicht genügt, wem den Hof (oder was auch immer) gemacht zu haben. Wer es nicht richtig macht, wird entrüstet abgewiesen. Makler des Wissens, also solche, die wissen, wie mans macht (Beweis: Wissen ist Macht) dazwischen zu schalten, wird sehr anempfohlen. Das eine Bauvorhaben (die Terrassen im Dach - siehe Bild oben) wäre beinahe unbeanstandet über die Bühne gegangen, wenn sich nicht Nachbarn - zumal welche, denen kleinkariert Weise weniger das Stadtbild „verunzierende“ Dachlandschaften nicht genehmigt wurden. Zum Teufel mit alledem!

In Heidelberg muß auch gelebt werden dürfen. Touris, welche die Stadt von oben, vom Schloß aus, betrachten, sollen merken dürfen, daß auch die Altstadt ein lebendiger Stadtteil ist, in dem nicht nach mittelalterlichen Kriterien gehaust werden muß. Das geht anderswo auch. Schauen wir mal (nur mal eben so zum Beispiel) nach Rom. Hier in Heidelberg hingegen - „unser Dorf soll schön werden“ - aber gelten andere Gesetze - Richtlinien heißt das hier. Und, damit Fremde merken, daß es sich hier schön leben läßt, soll dies demnächst mittels an Hauptstraßenlampen gehängte Blumenkästen manifestiert werden. Auweia!

Denkmalschutz?

Gut. Retten ist gut. Das hat was mit richtig ritterlich zu tun. Und das tun zu können, beweisen

Denkmälmer allüberall in Heidelberg unter anderem mit dem sattsam bekannten „ochsenblutrot“ - oder welche Farbe da immer als die von unseren Schützern und Rettern ganz zu allererst aufgetragene Farbe am



So solls nach dem Willen des Baurechtsamtes aussehen. Notfalls muß abgesägt werden (können) ...

Putz kratzend geoutet wird. Wer dagegen aber auf den Putz zu klopfen versucht hat, hat schon gesehen, was er davon hatte ...

Kleinkariertheiten ...

Völlig schnuppe ist es den schwäbischen Beamten nämlich schon immer, ob da vielleicht ein Ma-

lermeister zumeiten gerade billig oxsenblutrotfarbene Schmiere abzugeben hatte, und die dann damals sowohl auf die Fassaden gepinselt wurde, und - wie heute paragrafisiert - als denkmal-schützerisch wertvolle Tat eben - statt Sandstein Sandstein sein zu lassen - gerade wieder drauf gemacht werden muß. Beim Anschauen von Fassaden in der Heidelberger Altstadt läßt sich das jedenfalls so empfinden. Kunsthistoriker zu Rate zu ziehen, auf diese Idee kam und kommt da offenbar niemand. Eigentlich wäre da „längst mal eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen dieses Amt beim Regierungspräsidium fällig. Wegen Körperverletzung! Wer nämlich sehenden Auges durch unsere Altstadt läuft, der bekommt - ist er ein Ästhet (bitte, wer oder was ist das? - Eben!) schon krampfende Schmerzen beim Anblick von vom Denkmalamt zu verantwortenden „Verschandelungen“.

Denkmalschutz anderswo? Denkmalschutz ist nicht Sache des Bundes. Schon deshalb erregt es Aufmerksamkeit, wenn Berliner Politiker sich des Themas annehmen. Erst recht wenn die Frage

gestellt wird: „Kann die Denkmalpflege entstaatlicht werden?“ Die Bundesregierung beauftragte den Architekturkritiker Dieter Hoffmann-Axthelm mit einem Gutachten. Und der lieferte (was Wunder) flugs eine flammende Streitschrift



... diese Ziegel hingegen können - obgleich genehmigt - nicht gesägt werden. Müssen aber. Hier weiß die Rechte nicht, was die Linke tut.

gegen die „autoritär organisierte, rechthaberische, diskussionsunfähige Denkmalpflege“, die dem Bürger willkürlich unliebsame Bauwerke zumutet, Planer behindert, Nutzer mit strengen Auflagen drangsalieren und für eine maßlose Ausweitung des Denkmalbegriffs sorgt. Schulen,

Bäder, Krankenhäuser, Fabriken und Siedlungen, Bauwerke der Moderne, Monumente der deutschen Diktaturen, Zeugnisse des Wiederaufbaus, Kinos, Garagen, Sportanlagen, ja selbst Plattenbauten unter Schutz zu stellen hält Axthelm für absurd. Solche Architektur interessiere doch nur Spezialisten. Anstelle des Geschichtswertes will der Autor allein den Kunst- und Alterswert setzen. Letztlich gebe es für den Denkmalwert kein „unmittelbareres Maß“ als Schönheit. Unmittelbarkeit ist das Stichwort, das Reformmodell läuft auf eine konsensfähige Denkmalpflege hinaus. Eine plebiszitäre Kür der Schönen ...

Während in vielen anderen Bundesländern mit dem „konstitutiven Prinzip“ schutzwürdige Gebäude noch lange nicht geschützt sind und die Behörden dazu das Gebäude einem weiteren Prozeß - unter Beteiligung der Besitzer - unterziehen und in den Ehrenstand des Denkmals erheben - was die Ämter auch nicht

müssen, sondern „können“, greift in Baden-Württemberg das sogenannte „Ipsa-lege-Prinzip“: Alle schutzwürdigen Gebäude gelten automatisch (ipsa lege = durch das Gesetz selbst) als Denkmal - egal, was die Besitzer dazu meinen.

Wenn es nun aber mal dem Interesse eines Bauherrn zugute kommt, wird der Denkmalschutz (sehr unüblicherweise) schon auch mal aufgehoben, wie etwa im Jahr 1972 vom Land, als der Uniplatz mit dem Triplex-Haus verschandelt wurde, dem mehrere wunderschöne Häuser bis hin zur Sandgasse weichen mußten.

Weil die Uni hier nämlich bauen und Mensa samt Tiefgaragen unterbringen wollte, wurde der gesamte Komplex abgerissen.

Von Denkmälern übrig blieben nicht einmal die Fassaden. Da wurde - ups! Was ist das: ipsa? - mit zweierlei Maß gemessen. Andererseits, wen wundert, wenn das, wenn dies Land, wenn Stuttgart sich selbst, und zumal weit weg von der schwäbischen Hauptstadt, keine Knüppel in den Weg legen wollte und will.

Da bleibt dann halt schon auch mal oi bissle was auf der Strecke ...

Jürgen Gottschling

Die Zeit läuft ...

MdB Dirk Niebel erfuhr aus Ministeriumskreisen:

Künftig soll es keine Arbeitsgenehmigung für geduldete Ausländer mehr geben. Womit Schily (u. a.) unnötig die Sozialkassen belastet.

Die Ausländer- und Asylpolitik sei, so eine Information aus dem Innenministerium, für die Bundesregierung ein zentrales Thema. Ausgehend von der Koalitionsvereinbarung vom 20. Oktober 1998 habe sie „schrittweise das Ausländer- und Asylrecht neu gestaltet“, damit es inhaltlich den Anforderungen einer modernen Gesellschaft und humanitären Gesichtspunkten genüge. Nach dem Entwurf des Zuwanderungsgesetzes, das von der Bundesregierung nach der negativen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts am 15. Januar 2003 erneut in das parlamentarische Verfahren eingebracht wurde, werde „die Zuwanderung sozialverträglich geregelt.“

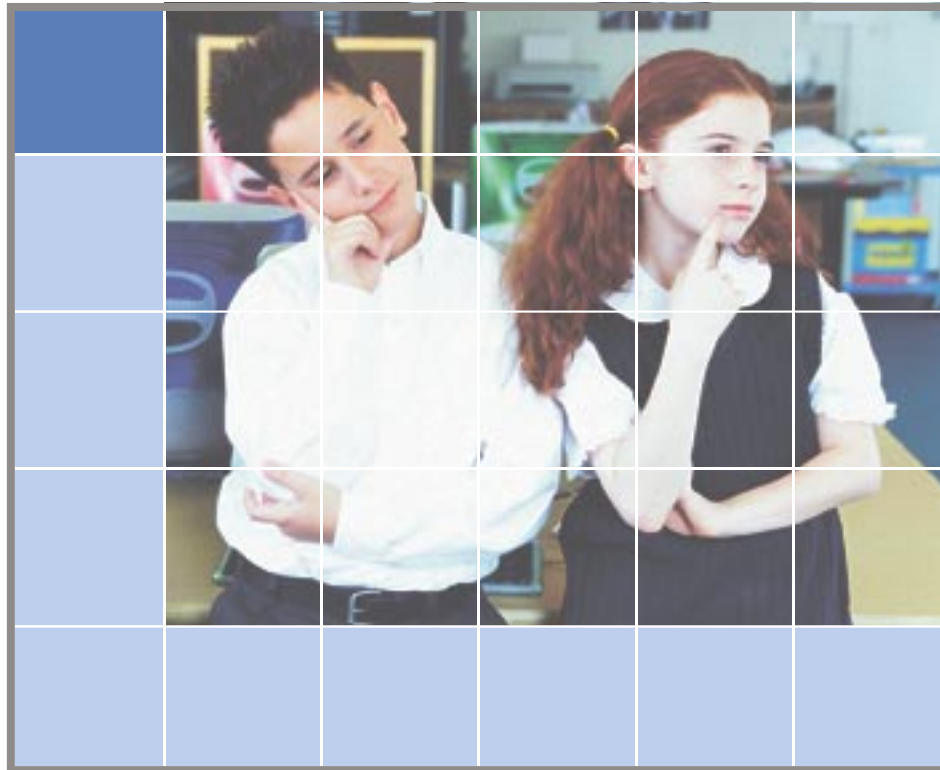
„Die Bundesregierung setzt sich mit Nachdruck für eine gemeinsame europäische Flüchtlings- und Migrationspolitik ein. Wesentlicher Eckpfeiler der Ausländerpolitik seien die Integration der auf Dauer bei uns lebenden Zuwanderer, die Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit und die Steuerung des (!) weiteren Zugzugs. Lesen wir in diesem Text zwischen den Zeilen, läßt sich vieles, was hierzulande zu beklagen ist, als Ist-Zustand oder Absichtserklärung leicht herausmerken.

Nicht zwischen den Zeilen lesen muß, sondern nur lesen und dann verstehen wird, wer eine Information, die der Heidelberger Abgeordnete Dirk Niebel MdB aus Ministeriumskreisen erfuhr. Danach plant der Bundesinnenminister eine neue Beschäftigungsverordnung für Ausländer, nach der geduldete Ausländer keine Arbeitsgenehmigung mehr erhalten. Die Begründung dafür sei, daß die Zuwanderungsgesetzgebung keine Kettenduldung erlaubt, geduldeten Ausländern daher ein Aufenthaltstitel erteilt werden könne. Das Verbot der Erteilung einer Arbeitserlaubnis an geduldete Ausländer gilt auch für bestehende Arbeitsverhältnisse, d.h. für die Verlängerung von Arbeitsgenehmigungen. Da die Ausländerbehörden vor Ort mit der Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen nur langsam voran kommen, steht insbesondere Baden-Württemberg, wo viele geduldete Ausländer in Beschäftigung sind, vermutlich vor einem ähnlichen Problem wie bei den Bürgerkriegsflüchtlings aus dem ehemaligen Jugoslawien. Hier wurde auch in bestehende Beschäftigungsverhältnisse eingegriffen. Da die Verordnung nicht zustimmungspflichtig ist, ist es notwendig, in der Frühphase der Erarbeitung auf negative Auswirkungen besonders in Baden-Württemberg hinzuweisen. Darüber hinaus belasten geduldete Ausländer, die ihren Arbeitsplatz aufgeben müssen oder denen die Arbeitsaufnahme verboten wird, unnötig die Sozialkassen.

Dirk Niebel ist arbeitsmarktpolitischer Sprecher der FDP Bundestagsfraktion. Gut daß da in Berlin diesem Herrn Schily auf die Finger schaut, und das dann auch unter die Leute bringt. **tno**

In dieser Ausgabe lesen Sie:

Rechtschreibreform	
Der neue Duden	S. 2
In vino veritas:	
Wehrpflicht oder Berufsmarmee?	S. 3
Junge Rundschaue:	
• LL Cool J im Interview über Songs und Gefühle	
• Gute Vorschläge aus dem Nachbarlände	S. 4
Umfrage: Soll die Wehrpflicht abgeschafft werden?	S. 5
Eurodysee	
	S. 6
Allüberall ist Dritte Welt?	S. 7
Einweihung des Large Bino-cular Telescope	S. 8



Private Realschule

private Berufskollegs / privates Wirtschaftsgymnasium

Von Klasse 5 bis zur Fachhochschulreife / Abitur im Heidelberger Privatschulzentrum

Kleine Klassen - Stützunterricht - Familiäre Atmosphäre



HEIDELBERGER PRIVATSCHULZENTRUM

Anmeldungen: F+U Privatschulzentrum
Hauptstr. 1 (Altstadt) • 69117 Heidelberg
Fr. Meppel / Hr. Just
Telefon 0 62 21- 91 20 20 / 91 20 18
Fax 0 62 21- 2 34 52
meppel@fuu.de • www.fuu.de